

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

WIEN, 22. November 1982

GZ 1005.04/7-II.6/82

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat
Dr. Frischenschlager
und Genossen betreffend BRD -
grenznahe Kernkraftwerke
(Nr. 2175/J-NR/1982)

2090 /AB

1982 11- 22

zu 2175 /J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 WIEN

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Frischenschlager und Genossen haben am 25.10.1982 unter der Nr. 2175/J an mich eine Anfrage betreffend "diplomatische Schritte im Zusammenhang mit dem geplanten Kernkraftwerk Rosenheim-Nord" gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Hat sich Ihr Ressort bereits alle im Zusammenhang mit dem Rosenheimer Kernkraftwerksprojekt erforderlichen Informationen und Unterlagen verschafft?
2. Welche Schritte wurden diesbezüglich vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bisher gesetzt?
3. Was wird weiterhin unternommen werden, um die Verwirklichung des genannten Vorhabens in Wahrnehmung vorrangiger österreichischer Umweltschutzinteressen abzuwenden?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

zu 1.) Wie seitens meines Ressorts neuerlich in Erfahrung gebracht wurde, liegen bezüglich eines möglichen Standortes eines Kraftwerkes "Marienberg bei Rosenheim" oder "Rosenheim-Nord" keine Pläne der deutschen Stellen vor, sodass auch keinerlei Unterlagen über ein solches Kraftwerksprojekt zu erhalten sind. Derzeit ist noch völlig offen, ob an dem angegebenen Standort ein Kraftwerk errichtet wird und gegebenenfalls um welche Art von Kraftwerk es sich dabei handeln würde.

./.

- 2 -

zu 2.) Über die erwähnten Erkundigungen hinaus sei festgestellt, dass die Angelegenheit in der Österreichisch-Deutschen Raumordnungskommission (ÖDROK) von der österreichischen Delegation regelmässig auf die Tagesordnung gesetzt wird, um auf diese Weise den jeweils neuesten Stand der Entwicklungen zu erfahren. Dies erfolgte zuletzt mit dem oben erwähnten Ergebnis bei einer Sitzung der Unterkommission der Österreichisch-Deutschen Raumordnungskommission am 9.11.1982.

zu 3.) Neben ständigen Kontakten mit den zuständigen Behörden in Bonn im Zusammenhang mit grenznahen Kraftwerken, beabsichtige ich, bei Konkretwerden eines Projektes unverzüglich in konkrete Gespräche mit den deutschen Stellen einzutreten, um mögliche Umweltbelastungen für die österreichische Bevölkerung hintanzuhalten."

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten:

